



**Stadtrat
Stadtkanzlei**
Bahnhofstrasse 25
9200 Gossau
www.stadtgossau.ch



Stadtkanzlei, Bahnhofstrasse 25, 9200 Gossau

A-Post

An die Mitglieder
des Stadtparlaments
9200 Gossau

30. April 2026

2026-131 / 00.03.40.50 / 392618

Einfache Anfrage SVP-Fraktion "Klare Abfuhr für Steuererhöhung – Wann löst der Stadtrat endlich das Ausgabenproblem?"; Antwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion reichte am 8. März 2026 die Einfache Anfrage «Klare Abfuhr für Steuererhöhung – Wann löst der Stadtrat endlich das Ausgabenproblem?» ein. Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Mit dieser Anfrage zielt die SVP auf die Verantwortung des Stadtrates, den Finanzhaushalt zu konsolidieren. Diese Verantwortung obliegt dem Stadtrat und dort dem Stadtpräsidenten. In den letzten 10 bis 15 Jahren haben das Parlament und auch die SVP-Fraktion grossmehrheitlich den Geschäften zugestimmt. Die SVP kann sich als Fraktion nicht aus der Verantwortung nehmen, genauso wenig für die finanzpolitischen Folgen aus der obengenannten Abstimmung, auch wenn sie dies nun aus politischen Gründen versucht.

Frage 1

Ist der Stadtrat bereit, das Budget 2026 verwaltungsintern zu überarbeiten und durch konsequente Einsparungen auf der Ausgabenseite an den vom Stimmvolk bestätigten Steuerfuss von 116 Prozent anzupassen?

Antwort

Wie dem Parlament bekannt ist, darf ein beschlossenes Budget gemäss Gemeindegesetz nicht mehr verändert werden. Am 9. Dezember 2025 hat das Stadtparlament die Ausgabenseite des Budgets 2026 beraten und beschlossen. Sobald ein Budget oder ein Kredit durch das Parlament oder die Stimmberechtigten genehmigt ist, ist die Exekutive im Rahmen des Legalitätsprinzips gebunden, die bewilligten Mittel zweckbestimmt zu verwenden. Aber Stadtrat und Verwaltung werden wie bisher bei jeder Leistungserbringung mögliche Sparmöglichkeiten konsequent umsetzen.

Das Parlament hat zur Finanzierung der Ausgaben 2026 einen Steuerfuss von 121 Prozent festgelegt. An der Urnenabstimmung vom 8. März 2026 wurden für die Einnahmenseite ein Steuerfuss von 116 Prozent sowie die Belastung des Aufwandüberschusses zulasten des Eigenkapitals beschlossen. Entsprechend wird der Stadtrat einen defizitären Rechnungsabschluss 2026 vorlegen müssen, was ursächlich mit dem Ratsreferendum und dem Entscheid der Stimmbürgerschaft zusammenhängt.

Frage 2

Bis wann beabsichtigt der Stadtrat, dem Parlament das seit längerem geforderte verbindliche und umfassende Entlastungspaket vorzulegen, welches strukturelle Reformen auf der Ausgabenseite vorsieht?

Antwort

Der Stadtrat prüft und identifiziert im Rahmen des Budgetprozesses seit Jahren Entlastungsmassnahmen. In der Massnahmen-Führungsliste zum PwC-Bericht und im Bericht und Antrag zum Postulat «Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren» findet sich eine Vielzahl von Massnahmen, die teilweise bereits umgesetzt oder noch in Bearbeitung sind.

Zurzeit arbeitet er intensiv an einem weiteren Entlastungspaket. Er wird dieses ins Budget 2027 einarbeiten oder dem Stadtparlament mittels besonderem Beschluss zum Entscheid vorlegen.

Auch das Parlament kann über sämtliche parlamentarischen Instrumente den Stadtrat auffordern, freiwillige Aufgaben zu beenden. Die Liste der freiwilligen Aufgaben im Umfang von rund 35 bis 40 Steuerprozenten liegt dem Parlament in Form einer umfassenden Antwort auf das SVP-Postulat «Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren» vor.

Frage 3

Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die anstehenden Investitionen angesichts des geplanten sehr tiefen Selbstfinanzierungsgrades sofort klar priorisiert werden?

Antwort

Der Stadtrat hat bereits bisher die Investitionen in Abhängigkeit zur Finanzlage priorisiert und wird dies weiterhin tun. Verschiedene Investitionen werden aufgeschoben. Stadtrat und Parlament haben einerseits die Verantwortung, die Verschuldung nicht durch ein zu hohes Investitionsvolumen zu erhöhen. Andererseits darf der Stau bei den werterhaltenden Investitionen nicht verschärft werden.

Frage 4

Ist der Stadtrat bereit, dem Parlament eine Vorlage zur Einführung der in der «Finanzstrategie 2032» erwähnten Schuldenbremse zu unterbreiten?

Antwort

Vorneweg: Zur Schuldenbremse gehört generell auch die Möglichkeit, die Einnahmeseite adäquat zu verbessern. Der Stadtrat hat die Finanzstrategie am 22. Januar 2026 erlassen. In die Erarbeitung wurde die Geschäftsprüfungskommission einbezogen. Das Strategiepapier ist für den Stadtrat behördenverbindlich. Dieses oder einzelne Massnahmen darin fallen gemäss Art. 9, 10 oder 39 der Gemeindeordnung nicht in die Kompetenz der Bürgerschaft oder des Stadtparlaments.

Stadtrat

Beilagen

Einfache Anfrage

Stadtparlament

- ☐ Motion
- ☐ Postulat
- ☐ Interpellation
- ☒ einfache Anfrage

Eingereicht von: SVP-Fraktion

Klare Abfuhr für Steuererhöhung – Wann löst der Stadtrat endlich das Ausgabenproblem?

Das Gossauer und Arnegger Stimmvolk hat am 8. März 2026 ein deutliches Signal gesetzt: Mit der Annahme eines Steuerfusses von 116 % wurde die vom Stadtparlament beschlossene Erhöhung auf 121 % klar korrigiert. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben damit zum Ausdruck gebracht, dass sie eine salamitaktische Steuererhöhung zur Lösung der finanziellen Probleme der Stadt nicht unterstützen.

Gleichzeitig zeigen die Finanzaufgaben der letzten Jahre eine anhaltend angespannte Entwicklung. Das operative Ergebnis der Stadt ist seit mehreren Jahren negativ, während der Kernaufwand seit 2019 um über 32 % bzw. rund 25 Millionen Franken angestiegen ist. Eine Steuererhöhung ohne vorgängige strukturelle Korrekturen auf der Ausgabe Seite vermag die bestehenden finanziellen Herausforderungen nicht nachhaltig zu lösen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie der Stadtrat die finanzielle Stabilität der Stadt künftig sicherstellen will und welche Konsequenzen er aus dem Abstimmungsergebnis zieht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Stadtrat bereit, das Budget 2026 verwaltungsintern zu überarbeiten und durch konsequente Einsparungen auf der Ausgabe Seite an den vom Stimmvolk bestätigten Steuerfuss von 116 % anzupassen?
2. Bis wann beabsichtigt der Stadtrat, dem Parlament das seit längerem geforderte verbindliche und umfassende Entlastungspaket vorzulegen, welches strukturelle Reformen auf der Ausgabe Seite vorsieht?
3. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die anstehenden Investitionen angesichts des geplanten sehr tiefen Selbstfinanzierungsgrades sofort klar priorisiert werden?
4. Ist der Stadtrat bereit, dem Parlament eine Vorlage zur Einführung der in der «Finanzstrategie 2032» erwähnten Schuldenbremse zu unterbreiten?

Datum: 8. März 2026

Unterschrift: sign. SVP-Fraktion